

Chiracs Heeresreform und Verteidigungspolitik im europäischen Kontext

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Fourier : offizielles Organ des Schweizerischen Fourier-Verbandes und des Verbandes Schweizerischer Fouriergehilfen**

Band (Jahr): **69 (1996)**

Heft 9

PDF erstellt am: **28.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-519979>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrücke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Chiracs Heeresreform und Verteidigungspolitik im europäischen Kontext

Aus dem Wochenbericht der Bank Julius Bär

Von der Bürger- zur Berufsarmee in Frankreich

Als Jacques Chirac im Mai 1995 zum fünften Staatspräsidenten der Fünften Republik gewählt wurde, hatte er bereits genaue Vorstellungen, wie er die Armee reformieren wollte. Bloss liess er es niemanden wissen. Der 63jährige Gaullist begann nämlich mit Einzelentscheiden, die ohne inneren Zusammenhang schienen: Einen Monat nach seiner Wahl bildete er eine «schnelle Einsatztruppe» (FRR) für Bosnien; darauf erfolgte die Bekanntgabe der neuen und letzten Serie von Atomtests in Mururoa; Ende Jahr näherte er Frankreich wieder den Nato-Kommandostrukturen an, und im Februar lancierte er das Projekt einer Berufsarmee. Jetzt erst wurde der Umriss des Puzzles sichtbar, das Jacques Isnard in *Le Monde* als «die grösste Umwälzung der französischen Strategie seit de Gaulles Force de Frappe», ja eine «strategische Revolution» bezeichnet. Der bis 2002 gewählte Staatsoberhaupt hatte die Einwände - nicht zuletzt im eigenen Lager - vorhergesehen. Heute scheint klar, dass die Atomtests im Südpazifik nicht nur der nukleartechnischen Waffen-Qualifikation dienten, sondern auch verhindern sollten, dem Präsidenten später Verrat an der Militärtradition der Nation vorzuwerfen.

Emotionen und nationale Mythen

Auch so blieb der Entrüstungsturm nicht aus, als Chirac die

Abschaffung der Wehrpflicht ankündigte. «Valmy wird beerdigt!» rief ein kommunistischer Abgeordneter in der Assemblée Nationale unter gaullistischem Applaus in die Runde. Gemeint war die Schlacht von 1792, als die französische Revolutionsarmee die gegnerischen Heere des Ancien regime schlug, die der Augenzeuge Johann Wolfgang von Goethe kommentierte mit den Worten: «Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus.» Valmy vor zwei Jahrhunderten, Verdun vor acht Jahrzehnten: Solche mit viel Bürgerblut verbundenen Nationalmythen sollten nun durch einen präsidentialen Federstrich ausgelöscht werden?!

Historiker rückten die Dinge zwar ins richtige Licht: Die aktuelle Form der Wehrpflicht datiert erst aus diesem Jahrhundert; die «Levés en masse» (Massenaufbietungen) gleich nach der Revolution waren zeitlich befristet gewesen, und die Armee bei Valmy hatte sich auf freiwilliger Basis rekrutiert. Im 19. Jahrhundert konnten sich die Bürger von der «Wehrpflicht» noch mit 700 Francs freikaufen. (Was notabene eine ganze Mentalität begründete, drückt sich doch noch heute ein Drittel der Wehrpflichtigen auf irgendeine Art um den Dienst; und die Rekruten gelten gegenüber den heute schon zahlreichen Berufsmilitärs als zweitklassig.) Trotz allem: Ein Land, in dem die Weltkriegsveteranen noch heute alljährlich unter dem Triumphbogen am Ende der Champs-Élysées mit Orden behängt werden, ist nicht

so schnell geneigt, mental eine Berufsarmee zu akzeptieren. Selbst wenn sie ein Mann will, dessen armeerfreundliche Einstellung über jeden Zweifel erhaben ist.

Garnisonsstädtchen und Rüstungsbetriebe als Opfer

Um Druck abzulassen, organisierte Chirac im Frühjahr eine landesweite Armeedebatte. An über zehntausend Veranstaltungen in Gemeindehäusern, Schulen und Vereinslokalen wurde über alle Aspekte der Reform diskutiert - von der Frage, ob de Gaulle für eine Berufsarmee gewesen war bzw. wäre, bis hin zum Sinn des Herdöpfelschälens in den Kasernen (das in Frankreich heute ohnehin Maschinen erledigen). Es wäre allerdings übertrieben zu sagen, dass dabei eine Flutwelle über Chirac hinwegbrandete; die Diskussionen waren sachlich. Sie beschränkten sich weitgehend auf Militärexperten, Politiker und direktbetroffenes Personal von Garnisonsstädten und Rüstungsfabriken. Auch sonst gilt es zu relativieren: Meinungsumfragen deuten an, dass 67 Prozent der Franzosen die Reform billigen.

Die politischen Gegner sind nicht sehr zahlreich, aber prominent. Zu ihnen zählt der ehemalige Innenminister Charles Pasqua, der im Unterschied zu vielen Parteifreunden im gaullistischen RPR offen gegen Chirac aufzubegehren wagte. Beim liberalen Koalitionspartner UDF wirft Ex-Verteidigungsminister François Léotard der Staatsführung vor, bloss eine Ali-

bi-Debatte abzuhalten. Auch wenn das Parlament im Herbst die Armee reform offiziell noch abzusagen habe, seien die Grundsatzentscheide längst gefallen. Auf der Linken setzen sich Léotards frühere sozialistische Amtskollegen Jean-Pierre Chevènement und Paul Quilès für die Beibehaltung der Wehrpflicht ein: Die Armee sei die letzte Integrationsstätte der französischen Jugend und damit der künftigen Nation; eine Berufsarmee bestehe, wie die Beispiele in England oder den USA zeigten, «nur aus Arbeitslosen».

Sozialistenchef Jospin unterstützt die Armee reform hingegen, wenn auch ohne Begeisterung, als «unvermeidlich». Weniger deutlich ausgesprochen, aber im Hintergrund stets mitschwebend, wirkt in Frankreich seit dem Algerienputsch auch die Sorge, Berufsmilitärs könnten sich eher verselbständigen als eine Wehrpflichtigen-Armee. Nicht zuletzt die Kommunisten mahnen, die Territorialverteidigung durch die 500 000 Soldaten der Bürgerarmee sei nach wie vor nötig, weil aus dem Osten Europas durchaus Bedrohungen kommen könnten ...

Und auch Valéry Giscard d'Estaing (UDF), Staatspräsident von 1974 bis 1981 und unablässiger Kämpfer für die deutsch-französische Freundschaft, warnte davor, dass sich Bonn und Paris die Verteidigungsaufgaben in Europa inskünftig teilen: «Es heisst, die Deutschen könnten ja wegen ihrer Truppenstärke und Dienstpflicht die Sicherheit und das Territorium Europas verteidigen, und die Franzosen könnten mit ihren Berufsspezialisten an Operationen in Übersee teilnehmen. Das wäre natürlich inakzeptabel.» Giscard machte sich damit auch zum Wort-

führer der deutschen Regierung, die mehrmals offen ihre Skepsis über die französische Armee reform ausgedrückt hat - auch aus Ansteckungsgefahr für die Bundeswehr?

Chirac nahm bisher einige kosmetische Retuschen an seinem Reformprojekt vor; seit Ende Mai, als er es (noch vor der ersten Parlamentsdebatte!) präziserte, spricht er nicht mehr von «Armée de métier», sondern etwas technischer von «Armée professionnalisée». An der grundlegenden Ausrichtung seiner Reform wird er aber auch bei der parlamentarischen Debatte im Herbst nichts ändern: Die Lage in Europa habe sich seit 1989 grundlegend verändert, erklärte er dem nationalen Fernsehpublikum, und die Sicherheit Frankreichs stehe heute nicht mehr an den eigenen Grenzen auf dem Spiel, sondern im ganzen Kontinent, der durch lokale, ethnische oder religiöse Konflikte bedroht werden könnte. Deshalb müsse Frankreich über schnell bewegliche Truppen mit einem grossen Aktionsradius verfügen, wie das nur bei einer 350 000 Mann starken Berufsarmee (Bestand für alle Waffengattungen) mit einer extrem beweglichen, sofort einsetzbaren Kerntruppe von 50 000 Mann im Heer gewährleistet sei.

Die Territorialverteidigung wird nicht aufgegeben, sondern ganz der nuklearen Force de Frappe übertragen. Diese verfügt inskünftig ebenfalls nur noch über mobile Komponenten (Flugzeuge und U-Boote); auf das veraltete Abschussplateau von Albion (Südfrankreich) verzichtet Chirac - ein überfälliger Entscheid, um den sich sein Vorgänger Mitterrand jahrelang gedrückt hatte.

Untaugliche Alternativen

Die Parlamentskommission Séguin prüfte während des Frühjahrs verschiedene Varianten eines Mittelwegs zwischen Berufs- und Milizarmee, verwarf sie bei näherer Prüfung aber alle als unpraktikabel. Um den Anstrich einer Dienstpflicht zu wahren, kündigte Chirac sodann die Einrichtung eines einwöchigen «Bürger-Rendez-vous» für alle achtzehnjährigen Mädchen und Jungen an. Allen Beteuerungen zum Trotz dürfte dies allerdings nicht viel mehr als ein Arzttest werden, obwohl auch Staats- und Menschenrechtskunde erteilt werden soll. Die jungen Franzosen und Französischen werden dabei auch orientiert, dass sie (gegen moderate Bezahlung) einen durchschnittlich neunmonatigen Dienst ziviler Prägung absolvieren können: erstens bei Polizei, Feuerwehr, gewissen Armeebeständen (Gendarmerie nationale) oder Umweltschutzbehörden, zweitens als Sozialdienst in schwierigen Banlieue-Quartieren oder -Schulen, oder drittens im Ausland als Entwicklungs- oder humanitäre Hilfe. Wer in Frankreich nach dem 1. April 1979 geboren ist, wird also nicht mehr den Service militaire absolvieren müssen; nach einer fünfjährigen Übergangsperiode sollen Berufsarmee und ziviler Dienst 2002 voll operationsfähig sein.

Die Reduktion des Truppenbestandes um 150 000 Mann wird nicht ohne schmerzliche Einschnitte für einzelne Kasernenorte vonstatten gehen. Über 40 Regimenter müssen wohl aufgelöst werden. Obwohl die französische Armee seit den Kolonialkriegen in den sechziger Jahren regelmässig reduziert wurde und allein in den neunziger Jahren 50 Regimenter verloren hat, ist der neu-

ste Abbauschritt für viele Provinzstädte nur schwer zu verkraften. In der Nationalversammlung stimmten im Juni sogar Abgeordnete des Regierungslagers - die Rücksicht auf ihre Wahlkreise nehmen müssen - gegen die militärische Rahmenplanung für 1997 bis 2002, welche die Verteidigungsausgaben jährlich um 20 Milliarden Francs kürzt. Erstmals seit Jahren kam es im Parlament nicht mehr zu einem «nationalen Konsens» in der Verteidigungspolitik, das heisst zum überparteilichen Schulterschluss hinter dem Präsidenten, der auch oberster Armeechef ist.

Redimensionierung der Rüstungsindustrie

In Brest zum Beispiel, wo ein Viertel der 6000 Arbeitsplätze in der nationalen Werft bedroht ist, wurde Chirac im Juni von Tausenden von Zaungästen gnadenlos ausgepöfeln. Insgesamt sind in der französischen Rüstungsindustrie nicht weniger als 50 000 Stellen überzählig. Der gaullistische Staatschef, der sich in den nationalen Rüstungsbetrieben bestens auskennt, will diese nun auf zwei grosse Pole konzentrieren: Durch die im Juli gestartete Fusion von Dassault und Aérospatiale soll ein einziger Flugzeug- und Raumfahrtbetrieb entstehen; die Privatisierung von Thomson dürfte ihrerseits - voraussichtlich mit Hilfe von Alcatel - einen mächtigen, international konkurrenzfähigen Elektronikkonzern schaffen. Chirac musste dabei allerdings bereits zurückkriechen und unter anderem gegenüber dem deutschen Bundeskanzler Helmut Kohl beteuern, dass die grossen, teuren und teils bilateralen Rüstungsprogramme zumindest teilweise aufrechterhalten bleiben. Dazu gehören vier strategische Atom-Unterseeboote,

das Jagdflugzeug Rafale, ein zweiter Flugzeugträger sowie deutsch-französische Rüstungsprojekte. Trotz Chiracs Versprechen wird sich erst noch weisen müssen, wieviel Exemplare des Kampfhubschraubers Tiger, des Transporthubschraubers NH90 oder eines grossen Transportflugzeugs die französische Armee wirklich bestellen wird. Und ob diese Aufträge nicht immer wieder bis zum Sanktimmerleinstag aufgeschoben werden.

Frankreich und der europäische Pfeiler der Nato

Von all diesen Fragen, die die Bevölkerung direkt betreffen, wurde die strategische Dimension des Chirac'schen Ansatzes in Frankreich in den Schatten gestellt. Wohl auch, weil diese Dimension am wenigsten konkret ist, weil sie nicht allein vom Willen der Franzosen, sondern auch von der Entwicklung der europäischen Verteidigungspolitik abhängt. Seit dem letzten Winter nähert sich Frankreich wieder der Militärintegration der Nato an, die Charles de Gaulle vor dreissig Jahren aus einer Reihe von Gründen verlassen hatte. In Bosnien unterstellten sich französische Truppen, was vor wenigen Jahren noch undenkbar gewesen wäre, dem Nato-Oberbefehl. Paris hat mittlerweile eingesehen, dass es aussichtslos ist, eine europäische Verteidigung ausserhalb der Nato anzustreben, zumal die eigenen Verteidigungsausgaben ständig gekürzt werden müssen. In Brüssel nimmt der französische Verteidigungsminister wieder an den Nato-Ausschüssen teil, und Mitte Juni übernahm ein französischer General die Leitung einer Abteilung im internationalen Generalstab, der höchsten Nato-Militärbehörde.

Chirac betont ständig, es gehe ihm

mit der Rückkehr in die Nato vorrangig um die Bildung eines «europäischen Pfeilers» im atlantischen Verteidigungsbündnis. Damit gesteht er ein, dass es auch im Bosnienkonflikt nicht gelungen ist, eine europäische Sicherheitspolitik umzusetzen, die diesen Namen verdient. Auch die Westeuropäische Union (WEU) in Paris, die laut Maastrichter Vertrag dafür eigentlich zuständig wäre, verharrt in ihrem Dornröschenschlaf. Der Grund ist, wie häufig, der fehlende politische Wille oder zumindest Einklang. Selbst der verbale Sukkors des Gaullisten Chirac erweist sich zum Teil als blosses Lippenbekenntnis, zumindest dann, als er seine EU-Partner (auch Bonn) über die bevorstehenden Atomtests im Dunkeln liess. Chirac versuchte nachher wieder Terrain gutzumachen, indem er Westeuropa den Nuklearschirm der Force de Frappe zum Schutz anbot. Dieser wenig präzise Vorschlag bedeutet aber keineswegs, wie Regierungssprecher klarmachen, dass die EU- oder WEU-Partner jemals über den Einsatz mitbestimmen können.

Eingedenk all der innerfranzösischen Sensibilitäten und Bremskräfte hat Chirac in einem Jahr eine ganze Reformlawine ins Rutschen gebracht, was die französische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik betrifft. Noch unscharf bleiben jedoch die Konturen des «europäischen» Aspektes, doch sagt dies weniger etwas über Chiracs Energie aus als über das gegenwärtige EU-Klima. Im Elysée hat man da klarere Vorstellungen. Die laufende Reform gilt nur als erster von drei Teilen; die zweite Phase sieht die Einführung der neuen Waffentypen vor, die dritte (von 2009 bis 2014) die endgültige Einrichtung einer euroatlantischen Verteidigung.